

bestimmte Punkte des Gegners, gab es Schumacher-Politik innerhalb der Partei. Sie war vorhanden in einigen Betrieben. Sie war anzutreffen in der Stadtverwaltung. Sie erstreckte sich selbst bis in das Kreissekretariat⁵⁰“ der SED. Aus dieser Äußerung geht hervor, daß selbst vier Jahre nach der Zwangsvereinigung frühere SPD-Mitglieder in verschiedenen Knotenpunkten des politischen und gesellschaftlichen Lebens getreu ihrer Überzeugung zu handeln versuchten.

In der Verhaftung des „Schumacher-Agenten“ *Szillat* enthüllt sich ein besonders erschütterndes Schicksal eines aufrechten Sozialdemokraten. *Paul Szillat*, geboren 1888, seit 1910 Mitglied der SPD, vor 1933 jahrelang Mitglied des Preußischen Landtags und nach 1933 zeitweilig in nationalsozialistischer KZ-Haft, war 1946 für die Vereinigung von KPD und SPD eingetreten und gehörte seit 1947 sogar dem Parteivorstand der SED an. Auf Grund seiner aufrechten Haltung während der *Hitler*-Diktatur war er 1945 Oberbürgermeister von Rathenow geworden, am 21. Juni 1950 jedoch überraschend wegen „*Sabotage*“ und „*sozialdemokratischer Umtriebe*“ verhaftet und vom Landgericht Potsdam am 13. November 1951 zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Mit ihm standen sein Sohn und fünf weitere „Gesinnungsgenossen“ vor Gericht. Nachdem *Szillat* 1956 amnestiert worden war, starb er am 17. Januar 1958 an den gesundheitlichen Schäden, die er in der Haft erlitten hatte.

Hinter dem schließlich von *Pieck* erwähnten „*Fall Kühne*“ verbirgt sich politischer Menschenraub. *Heinz Kühne*, ehemals Sekretär des Ostbüros der SPD, war im Winter 1948/49 von Mitarbeitern der Polizeisektion K 5 des Berliner Sowjetsektors, aus deren Kader später der Staatssicherheitsdienst gebildet wurde, aus West-Berlin entführt und an die Instanzen des MWD/MGB ausgeliefert worden. Unter dem Druck sowjetischer Vernehmungsmethoden nannte *Kühne* eine Reihe von Namen mitteldeutscher Sozialdemokraten, so daß die Sowjets im Frühjahr 1949 zahlreiche ehemalige Mitglieder der SPD in der sowjetischen Zone verhaften konnten.

Die Polemiken gegen die oppositionelle Sozialdemokratie (und andere parteiinterne Oppositionsgruppen) vor dem Forum des III. Parteitages der SED waren das propagandistische Vorspiel der Kommunisten zu einer politischen Überprüfung des gesamten Mitgliederbestandes der Partei mittels eines Umtausches der Parteimitgliedsbücher, die durch einen Beschluß des Zentralkomitees vom 27. Oktober 1950 eingeleitet wurde. Vor mehr als

50 *Werner Brusckke* „Diskussionsbeitrag“, in „Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages“, S. 117.